

BUND-Forderungen zur künftigen Politik in Hessen

Aktionsprogramm Energiewende

Die Energiewende ist eine wesentliche Voraussetzung, um die Kehrtwende beim Kampf gegen den Klimawandel zu schaffen. Bis 2020 müssen auch in Hessen 40 Prozent der Treibhausgasemissionen gegenüber dem Jahr 1990 reduziert werden, geschafft sind erst 15 Prozent.

Der BUND fordert von der Landesregierung ein „Aktionsprogramm Energiewende“ mit konkreten Zielen und Umsetzungsschritten, um zu erreichen, dass beispielsweise der Stromverbrauch bis 2030 um fünfzig Prozent gesenkt und der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromversorgung auf hundert Prozent bis 2030 gesteigert werden kann.

Fracking-Verbot

Fracking ist eine Risiko-Technologie, bei der hochgiftige Chemikalien unser Grundwasser verseuchen können und der Pressdruck kleinere Erdbeben auslösen kann. Die Folgen, auch durch Abwässer, für den Gewässerhaushalt und die menschliche Gesundheit sind nicht vorhersehbar. Der BUND fordert ein Verbot der Erkundung und Erschließung von Erdgasvorkommen mittels „Fracking“.

Verkehrswende

Verkehrslärm macht krank und verringert die Wohn- und Lebensqualität in hessischen Städten und Gemeinden. 50 Prozent der Bevölkerung fühlen sich häufig oder andauernd durch Lärm belästigt. An erster Stelle steht der Lärm durch Straßen- und Flugverkehr, aber auch der Schienenverkehr an stark befahrenen Strecken belastet die Anwohner erheblich. Mit einem Anteil von rund 50 Prozent an den CO₂-Emissionen liegt der Verkehrssektor in Hessen deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Gerade wegen des Flughafens Frankfurt, der zentralen Lage Hessens und des Wirtschaftsstandorts Frankfurt-Rhein-Main braucht Hessen eine Verkehrswende auf der Basis „Vermeiden, Verlagern, Verbessern“. Notwendig ist eine nachhaltige Verkehrspolitik, die Alternativen zu Flugzeug und Auto in den Vordergrund stellt.

Frankfurter Flughafen

Der Ausbau des Frankfurter Flughafens war ein schwerwiegender Fehler. Nach der offiziellen Lärmkartierung des Landes Hessen litten 2012 über 350.000 Menschen unter Fluglärm. Das sind 117.000 Menschen mehr als vor dem Ausbau im Jahr 2007. Der BUND Hessen setzt sich dafür ein, dass die Umweltbelastungen des Flughafens deutlich reduziert werden. Er fordert ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr, eine deutliche Fluglärmreduzierung am Tag und eine umfassende Bürgerbeteiligung bei der Festlegung von Flugrouten.

Grundwasserbewirtschaftung im Hessischen Ried – Wälder in Südhessen retten

In Südhessen bahnt sich eine Umweltkatastrophe an. 30.000 Hektar Wald drohen abzusterben, 10.000 Hektar sind bereits akut gefährdet. Die wichtigste Ursache dafür ist die übermäßige Grundwasserentnahme seit Jahrzehnten. Fällt der schützende Waldmantel über dem Grundwasser weg, wird die Trinkwasseraufbereitung noch teurer. Der schon geschädigte Wald kann die üblichen Wasserschutzfunktionen nicht mehr erbringen. Die aufgelichteten, stark vergrasteten Wälder verringern die Grundwasserneubildung und führen zu erhöhten Einträgen von Schwermetallen und Stickstoff in das Grundwasser. Der BUND fordert eine Grundwasseranreicherung zur Waldstabilisierung, die konsequente Durchsetzung der Verursacherhaftung und einen jährlichen Bericht zur Rettung der Wälder in Südhessen.

Biologische Vielfalt

Deutschland und Hessen haben sich zum Artenschutz verpflichtet. Die Artenvielfalt von Tieren und Pflanzen ist eine notwendige Voraussetzung für einen intakten Naturhaushalt. Diese über lange Zeiträume gewachsene Lebensgrundlage des Menschen ist jedoch durch die Folgen der intensiven und naturfremden Landnutzung beeinträchtigt. Gründe für den Artenverlust auch in Hessen sind Flächeninanspruchnahmen für Siedlungs- und Verkehrszwecke, die Intensivierung der Landwirtschaft mit hohem Biozid- und Düngereinsatz sowie flächendeckende Stoffeinträge. In Hessen starben in den letzten 200 Jahren mehr als 140 Pflanzenarten aus, Brutbestände wie die des bodenbrütenden Kiebitzes sanken in den letzten 30 Jahren um 85 Prozent. Die Feldhamsterpopulation geht ebenfalls drastisch zurück. Die ursprünglich in den Gewässern des Vogelsberges, der Rhön, des Spessarts und des Odenwaldes verbreitete Flussperlmuschel gilt inzwischen als ausgestorben. Edelkrebs und Äsche finden sich heute nur noch in wenigen Gewässern.

Der BUND fordert:

- die Erhöhung des hessischen Naturschutz-Haushaltes um 20 Mio €/Jahr,
- eine deutliche finanzielle Stärkung der „Stiftung Hessischer Naturschutz“ und Erweiterung um operative Aufgaben,
- die Wiederaufnahme der NSG-Ausweisung,
- die Aktualisierung der Natura 2000-Verordnung,
- eine aktive Begleitung der Ausweisung eines Biosphärenreservates (BSR) Rheingau/Wiesbaden,
- die Wiedereinführung der Naturschutzbeiräte bei den Oberen Naturschutzbehörden,
- die Anbindung der Nationalparkverwaltung und der Verwaltungsstelle des BSR an die Oberste Naturschutzbehörde,
- eine erneute Novelle des Waldgesetzes mit insbesondere zehn Prozent Prozessschutz auf der Staatswaldfläche als Umsetzung der Biodiversitäts-Strategie der Bundesregierung, einem Holzernteverbot in der Brut- und Setzzeit und der Umstellung des Staatswaldes auf FSC-Zertifizierung.

Agrarwende für Landwirtschaft und Ernährung

In Hessen werden etwa 43 Prozent der Landesfläche landwirtschaftlich genutzt. Der Anteil, der ökologisch bewirtschaftet wird, liegt immerhin bei 10,5 Prozent und damit deutlich höher als im Bundesdurchschnitt. Dennoch ist auch in Hessen die Artenvielfalt durch die intensive Landwirtschaft massiv bedroht. Der Biozideinsatz auf den Feldern sowie der Antibiotikaeinsatz in manchen Ställen sind zu hoch, in manchen Gebieten ist das Grundwasser mit Nitraten und Pestiziden belastet.

Das Leitbild des BUND für die Landwirtschaft ist der ökologische Landbau, weil er besonders sorgsam mit den natürlichen Ressourcen umgeht, den Tierschutz achtet, schädliche Umweltauswirkungen der landwirtschaftlichen Intensivproduktion vermeidet und deutlich weniger Klimagase verursacht. Hessen braucht eine Agrarwende, die dazu führt, den Anteil des Ökolandbaus bis 2020 auf 20 Prozent zu erhöhen und langfristig 100 Prozent Ökolandbau zu erreichen.

Reduzierung des Flächenverbrauchs

Die nicht vermehrbare Ressource Boden ist Standort für wertvolle Biotop ebenso wie für die land- und forstwirtschaftliche Nutzung. Böden sind Bestandteil der wesentlichen Kreisläufe des Naturhaushaltes, wie Stoff-, Energie- und Wasserhaushalt der Ökosysteme.

Aufgrund ihrer Filter- und Puffereigenschaften haben Böden eine große Bedeutung insbesondere für den Schutz des Grundwassers. Böden sind wichtige Kohlenstoffspeicher und stehen im Austausch mit der Atmosphäre durch verschiedene klimarelevante Gase. Mit dem Aufbau und der Zersetzung organischer Substanzen haben Böden maßgeblichen Anteil am Klimageschehen. Der BUND fordert, den Flächenverbrauch von derzeit täglich 3,5 Hektar Bodenfläche für Siedlungserweiterungen, Gewerbegebiete und Verkehrsflächen schnellstmöglich auf Null zu senken.

Stärkung der direkten Demokratie

Bürgerinnen und Bürger wollen auch zwischen den Wahlen mitgestalten und mitentscheiden. Es ist längst überfällig, auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene mehr Demokratie zu wagen, anstatt Bürgerinnen und Bürger vor vollendete Tatsachen zu stellen. Der BUND fordert eine frühzeitige und ergebnisoffene Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Bau- und Planungsvorhaben sowie die Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement auf Bundes- und Landesebene.